Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 18 (1938-1939)
Heft: 8

Artikel: Die Wahrheit über Oesterreich
Autor: Braun, Ludwig
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-333505

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

tigungen veröffentlichen. Göring trifft in Berlin ein. In Brünn marschieren bewaffnete deutsche Garden durch die Stadt.

Mittwoch, den 15 März. Nach mehr als zweistündiger Unterredung mit Hitler um 1.10 Uhr bis 3.55 Uhr unterzeichnet Dr. Hacha unter dem Druck der sofortigen Bombardierung der völlig ahnungslosen Bevölkerung Prags durch die deutschen Bombengeschwader eine Vereinbarung, wonach er »das Schicksal der tschechischen Bevölkerung und des tschechischen Gebietes vertrauensvoll in die Hand des Führers des Deutschen Reiches« lege. Um 6 Uhr beginnen die deutschen Truppen den Einmarsch. Das tschechische Militär wird entwaffnet, nachdem die tschechische Regierung einstimmig (!) dem deutschen Diktat zugestimmt hat. Um 9.30 Uhr marschieren die deutschen Truppen in Prag ein. Das deutsche Nachrichtenbüro berichtet von Zusammenstößen in Prag, bei denen angeblich zahlreiche Deutsche verletzt worden sein sollen. Deutsche Polizei rückt vor den Truppen in die Städte ein und besetzt die Rundfunksender. Die Zugsverbindungen mit der Tschechoslowakei werden eingestellt, jeder Reiseverkehr wird unterbunden. Die Ungarn beginnen unter Kämpfen mit der Besetzung von Karpathorußland. Hitler trifft um 20.15 Uhr in Prag ein. Die Hakenkreuzfahne weht auf der Residenz Masaryks.

Donnerstag, den 16. März. Hitler errichtet zwei Protektorate, Böhmen und Mähren, wobei nur den Deutschen das Reichsbürgerrecht verliehen wird. Der slowakische Ministerpräsident Tiso unterstellt die Slowakei dem deutschen Schutz. In Prag beginnt die Gestapo ihre Tätigkeit. Es wird von 5000 bis 15 000 Verhafteten, von zahlreichen Selbstmorden berichtet. Nur vereinzelte tschechische Truppenteile haben deutschen Truppen bewaffneten Widerstand entgegengesetzt. Die deutschen Bevölkerungsteile empfangen die deutschen Truppen, die auch in die Slowakei eindringen, mit »Begeisterung«.

Im Verlauf von nur acht Tagen vollendet sich so die tschechoslowakische Tragödie. Das diplomatische und militärische Spiel geht weiter. Das Ringen um Ungarn und Rumänien, Memel, Litauen und Polen beginnt, die Abwehr der Westmächte versteift sich. In einer ihrer letzten Verlautbarungen beruft sich die deutsche Regierung zur Rechtfertigung ihrer Annexionspolitik auf die kampflose Uebergabe der Tschechoslowakei, ein Beleg dafür, welchen Gefahren sich eine Demokratie aussetzt, wenn sie sich in eine »autoritäre« Demokratie verwandelt.

Die Wahrheit über Oesterreich

Von Ludwig Braun.

Guido Zernatto, der ehemalige österreichische Bundesminister und Generalsekretär der Vaterländischen Front, hat ein Buch mit dem anspruchsvollen Titel »Die Wahrheit über Oesterreich« geschrieben. Es ist ein lehrreiches Beispiel für die Relativität zeitgenössischer Ge-

schichtsschreibung, zumal wenn der Geschichtsschreiber zu den handelnden Personen gehört. Die Tendenz, eine Erklärung für den Zusammenbruch der Staatsführung zu geben, dabei aber die eigenen Sünden des Regimes hinter dem Eindruck der aggressiven und unehrlichen Politik des Gegenspielers verschwinden zu lassen, ist zu aufdringlich, um nicht in dem Leser, der etwa dieses Drama im Lande selbst miterlebt hat, ein Gefühl des Widerstrebens zu wecken. Es wäre der Welt, die die Wahrheit über Oesterreich erfahren will, und diesem Oesterreich selbst besser gedient, wenn die begangenen Fehler nicht zu-, sondern aufgedeckt würden, einer gefährdeten Mit- und Nachwelt zur Warnung. Eine Welt, die aus dem Munde des Führers vernommen hat, daß die stets vehement abgeleugnete »Aufrüstung bis an die Zähne« nunmehr keiner Tarnung mehr bedürfe und daß der Tschecho-Slowakei, deren Mobilisierung im Mai als friedensfeindliche Hysterie angeprangert worden war, schon zur selben Zeit die Totenmesse für den 2. Oktober 1938 (präzise), bestellt war, bedarf keiner Belehrung mehr über die Politik des Dritten Reiches; was sie braucht, ist die Geschichte einer Politik, die das Land, das sie betrieb, von der Landkarte verschwinden ließ.

Man wird nach den Ereignissen von München nicht mehr daran zweifeln dürfen, daß das Schicksal Oesterreichs, nämlich des Oesterreichs von 1938, in Berchtesgaden besiegelt wurde, ganz gleichgültig, welchen Weg Schuschnigg eingeschlagen hätte. Aber nicht im Februar 1938 fiel die Entscheidung, sondern im März 1933 und im Mai 1936. Was dann noch kam, war Agonie; Zernattos Darstellung, als sei eine hoffnungsvolle innenpolitische Entwicklung im Februar 1938 geknickt worden, ist nichts als eine unbeweisbare, apologetische Phantasie. Vom Jahre 1934 an geriet der Staatswagen ins Schleudern, er mußte an den harten Ecken der Außenpolitik in absehbarer Zeit zerschellen.

Das kleine Oesterreich hatte die Wahl, sich demokratisch in Anlehnung an die Weststaaten und die benachbarte Tschecho-Slowakei auszurichten, oder sich innen- und außenpolitisch dem mitteleuropäischen Faschismus anzuschließen. Die dritte Möglichkeit, mit deren Gefahr Seipel, Dollfuß und selbst noch Schuschnigg zu rechnen vorgaben und die auch Zernatto zu verwenden nicht verschmäht, die einer sozialistischen Diktatur welcher Schattierung immer, bestand nicht. — Otto Bauer, Zernattos Sündenbock, machte aus seiner Ueberzeugung, daß im Herzen Mitteleuropas kein sozialistischer Staat isoliert aufgerichtet werden könne, weder innerhalb noch außerhalb seiner Partei irgendeinen Hehl; was er und mit ihm die gesamte Partei wollte, war: Demokratie und damit den Anschluß an die soziale Entwicklung der Welt auf weitere Sicht; im übrigen war er Oesterreicher so gut wie Seipel und wäre es immer stärker geworden. Seipel haßte die Sozialdemokratie und mit ihr die Demokratie; er wollte auf der antimarxistischen Welle der heutigen Achsenstaaten bis zu einem Punkte mitschwimmen, wo er als einziger politischer Faktor mit einem christlich-bürgerlichen Programm übrig bliebe, das sich von dem ständischen (korporativen), antiliberalen und antimarxistischen italienischen

Faschismus nur durch die dominierende Stellung der katholischen Kirche unterschied. — Auf dem Schachbrett des demokratischen Parteigetriebes setzte er seinen Gegenspieler Bauer und damit die Demokratie selbst matt.

Zernatto, der Seipel und Dollfuß, als Verteidiger der Demokratie gegen die Diktaturgelüste der sozialistischen Führer vorstellt, geht eine Seite später achselzuckend über den Verfassungsbruch vom 7. März 1933 hinweg, den er mit außenpolitischen Gründen, der Verteidigung gegen den immer stärkeren Druck des Dritten Reiches zu entschuldigen versucht. Als ob die Ausschaltung und Verbitterung der verläßlichsten Kampftruppen in der Abwehr des Nationalsozialismus ein Meisterstück der Politik, ja geradezu eine Notwendigkeit gewesen wäre! In Wirklichkeit war der 7. März 1933 der konsequente Abschluß der auf Beseitigung der Demokratie und Errichtung einer autoritären Staatsführung gerichteten Bestrebungen Seipels und Dollfuß' und die geradezu grotesk-naive Handhabung der demokratischen Spielregeln durch die Sozialisten damals, die den Gegner zum Verfassungsbruch ermunterte, erweist stärker als alles, wie tief verwurzelt der Glaube an die Unantastbarkeit der Demokratie gerade bei den Sozialisten war und wie schnell die Pächter der »wahren« Demokratie von der anderen Seite, die Gelegenheit ergriffen, ihren Schützling umzubringen! Daran ändern auch die Leitartikelzitate nichts, die Zernatto in entstelltem Zusammenhang zum Beweise seiner These bringt; er rechnet offenbar nicht mit der Möglichkeit, daß der Leser sich der Mühe unterzieht, die Leitartikel und Wahlreden der Zeit in extenso und auch auf der Gegenseite zu studieren. Solche Beweisführungen müssen als überaltert bezeichnet werden. Dasselbe gilt für seine Betrachtungen über die Rolle der sozialistischen Parteiformationen: der Republikanische Schutzbund war aus Massenbewegungen hervorgegangen, die nach dem Kriege der neuen, auch vom Bürgertum gewollten, demokratischen Republik Oesterreich zum Leben verholfen hatten. Da die Demokratie und die sozialen Errungenschaften der Revolution ähnlich wie im Deutschen Reich von Weimar immer heftigeren Angriffen ausgesetzt waren, ist es nur erklärlich, daß diese Formation aus den Kreisen jener gestellt wurde, die an den Errungenschaften der neuen Demokratie ehrlich interessiert waren; das aber war jedenfalls die Arbeiterschaft und ihre Partei. Zur Charakterisierung des Republikanischen Schutzbundes diene, daß er es war, der anläßlich des Brandes des Justizpalastes es den sozialistischen Führern erst möglich machte, die spontane, explosive Erregung der Massen über ein provokatives politisches Gerichtsurteil aufzufangen. Während damals »rote« Formationen die Straßen Wiens von ihren eigenen Parteigenossen freimachten, jener Demokratie zu Ehren, als deren ärgste Bedrohung Zernatto sie hinstellt, nahmen bald darauf die »Verbände, die sich in den Dienst der Regierung gestellt hatten« (5-Schilling-Buben taufte sie der Volksmund), die Straße in ihren ausschließlichen Besitz, um sie einer provokatorischen Beherrschung zu unterstellen. Wenn unter diesen Umständen Zernatto die Erregung der Arbeiterschaft über die einseitigen

Entwaffnungsaktionen der Dollfußregierung gegen den Republikanischen Schutzbund damit abtut, daß »sie (die Arbeiterschaft) dabei vergaß, daß sich die anderen bewaffneten Verbände in den Dienst der Regierung gestellt hatten, während die Führer der Sozialdemokratie ... den unversöhnlichen Kampf predigten«, so vergißt Zernatto seinerseits, daß diese Regierung das Parlament aufgelöst, die demokratische, beschworene Verfassung gebrochen und militante Formationen ausschließlich zu dem Zweck organisiert hatte, um mit ihrer Hilfe ein autoritäres Regime zu errichten. Solche politische Argumentationen nehmen Herrn Zernatto jegliches Recht, sich über analoge Methoden nationalsozialistischer Geschichte zu beschweren. Bezeichnend für das bessere Wissen Zernattos ist immerhin seine Klage, daß der Westen erst jetzt einsehe, daß die Schuld an den Februarunruhen nicht »etwa ungeteilt« auf den Schultern Dollfuß' und seiner Regierung lag. Indem Zernatto zugibt, daß Seipel und Dollfuß die demokratische Verfassung Oesterreichs in eine autoritäre, ständische Staatsform auf Grundlage der Encyklika »Quadragesimo anno« und der ständischen Gedanken, die Spann entwickelt hatte und die er »der Heimwehrbewegung als Programm anvertraute«, umzuändern entschlossen waren, gibt er zu, daß sich die Staatsführung für einen autoritären antidemokratischen Kurs und damit für die zweite der oben erwähnten beiden Möglichkeiten entschieden hatte.

Wie dem nun immer auch sei: mit dem Verfassungsbruch vom 7. März 1933 hat die Regierung Dollfuß in entscheidender Weise für einen autoritär-faschistischen Kurs optiert und damit einen Weg eingeschlagen, der seine eigenen, immanenten Voraussetzungen und Gesetze besitzt. Die Frage, ob schon dieser Entschluß der Regierung, sich von der Demokratie abzuwenden und sich damit außenpolitisch vom ideologisch verwandten italienischen Faschismus ins Schlepptau nehmen zu lassen, die nachfolgende Katastrophe unausweichlich gemacht hat, kann isoliert, ohne Berücksichtigung der weiteren Politik des Systems, nicht erörtert werden und ihre Beantwortung gehört mehr oder weniger in das Gebiet politischer Spekulation; daß aber die Beseitigung der Demokratie ohne Gewähr dafür, daß die elementarsten Voraussetzungen für ein autoritäres System gegeben sind und unter Verletzung der wichtigsten Gesetze und politischen Notwendigkeiten eines solchen Systems endgültig zum Zusammenbruch führen mußte, das läßt sich mit Anspruch auf historische Ueberprüfbarkeit und mit Evidenz feststellen.

Die Regierung mußte sich darüber im klaren sein, daß mit der Niederwerfung der Arbeiterbewegung die »antimarxistische Einheitsfront«, auf die sie sich bis dahin stützen konnte, zu bestehen aufhören und daß nun die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in ein kritisches Stadium gelangen würde. Sie hielt sich offenbar für stark genug, zwei politische Ideologien, die je einen großen Teil der Bevölkerung, teils seit vielen Jahrzehnten, teils mit einer neuen fanatischen Leidenschaft beherrschte, dauernd zu überwinden und die Massen für sich und ihr Programm zu gewinnen, oder besser gesagt, zu sich hinzu-

zwingen. War die Regierung tatsächlich stark genug zu einem solchen Unterfangen und war ihre politische Taktik diesem Problem gewachsen?

Das Programm der Regierung war dürftig, reizlos und verschwommen; die berufsständische Verfassung ein kompliziertes Gebilde, dem Leben einzuflößen, nie gelungen ist. Neben den obligaten Schutz der »allgemeinen Rechte der Staatsbürger«, eine Konzession an die fast hundertjährige liberale Tradition Oesterreichs und an die Westmächte, die sich für eine autoritäres System nicht anders als verhängnisvoll auswirken konnte, trat ein ausgeklügeltes System geistiger und wirtschaftlicher Bindungen, die zusammen jene »Diktatur, gemildert durch Schlamperei« ergaben, die die spezifische, den österreichischen Geist selbst hier nicht verleugnende Spielart eines authochtonen Faschismus darstellt. Seit Metternich hatten sich die Methoden kaum verändert; sie waren altmodisch und ein wenig sentimental, den Stürmen neuzeitlicher Propaganda und Gewalt keineswegs gewachsen. — Sie verärgerten und empörten immer weitere Schichten der Bevölkerung, ohne sie einzuschüchtern. — Der sorgfältig getarnte, aber immer anspruchsvollere Einfluß der Kirche auf die Gestaltung des öffentlichen Lebens, insbesondere der Jugenderziehung, schuf sehr bald eine antiklerikale Einheitsfront in der Bevölkerung, die sich wiederum der Nationalsozialismus mit Erfolg zunutze machte. Der Antiklerikalismus und der Antisemitismus waren nach dem Antimarxismus, dessen Objekt in den Hintergrund getreten war, die Losungen, unter denen der Kampf, diesmal *gegen* die Regierung, geführt wurde.

Der Vorwurf des »politischen Katholizismus« war nicht leicht zu entkräften; allzu bekannt war die Tatsache, daß die verantwortlichen Stellen im politischen Beamtentum und in der kontrollierten Wirtschaft zu einem sehr großen Teil von den Bundesbrüdern des katholischen »C. V.« besetzt waren, und daß trotz mancher Reibungen der hohe Klerus einen starken Einfluß auf die Richtung des öffentlichen Lebens ausüben durfte. Allein schon der Umstand, daß die Verfassung geflissentlich im Geiste einer päpstlichen Enzyklika entworfen war, ließ einen engeren ideologischen Kontakt mit der Politik der Kirche im allgemeinen naheliegend erscheinen. Die politische Bedeutung der Kirche nahm nach der Verabschiedung Starhembergs und seiner Heimwehr, die ein starkes liberales und nationales Gegengewicht gebildet hatte, eher noch zu und bot der nationalsozialistischen Propaganda eine immer größere Angriffsfläche. In den bürgerlichen Kreisen gehörte schließlich die »Los-von-Rom«-Stimmung zum guten Ton, und es ist gar nicht abzuschätzen, wieviel an sich indifferente Schichten der Bevölkerung durch diese Situation, die von der nationalsozialistischen Propaganda in der skrupellosesten Weise ausgenützt wurde, in ein Lager getrieben wurden, dessen politische Ziele sie über den Kampf gegen den Klerikalismus hinaus weder kannten noch vertraten. Das Ergebnis war immerhin die Sammlung aller liberalen, freisinnigen und nationalen Elemente des Bürgertums und weiter Schichten der Arbeiterschaft und des Bauerntums in einem geschlossenen Kampf-

block gegen die »klerikale Regierung«. — Zernatto verteidigt die Ausschiffung Starhembergs und die Auflösung der Wehrverbände wieder mit der außenpolitischen Situation; er vergißt hinzuzufügen, daß von diesem Zeitpunkt ab — der Mai 1936 bedeutet die zweite Schicksalsstunde des neuen Oesterreichs — die Staatsführung sich überhaupt nur mehr auf die rein katholischen und auf die legitimistischen Kreise stützen konnte und damit in eine unhaltbare Isolierung geraten war. — Wiederum war die autoritäre Staatsführung Oesterreichs, diesmal in der Person Schuschniggs, der Ueberzeugung, daß die Eliminierung der »unbedingtesten, antinationalsozialistischen Gruppe«, der Heimwehr nämlich, wie Zernatto sie nennt, ein Gebot politischer Weisheit in der Abwehr des Nationalsozialismus und im Kampfe um die Unabhängigkeit Oesterreichs wäre. Während die Verwendung analoger außenpolitischer Argumente bei der Ausschaltung der Demokratie und der sozialistischen Arbeiterschaft im Jahre 1933 zweifellos nur innerpolitischen Zielsetzungen diente, so mag Schuschnigg im Mai 1936 bei der Ausschaltung der Heimwehr wirklich in erster Linie den Gedanken einer Aussöhnung mit dem Dritten Reich verfolgt haben. Der Fehler wäre deshalb nicht weniger groß und entschuldbar.

Während man so auf der einen Seite jene Massen, die, wie Zernatto treffend bemerkt, »sich eine politische Betätigung nicht anders als in Reih und Glied vorstellen können« (also die künftigen Kader der SA.!), durch Auflösung der Wehrverbände der »österreichischen Bewegung« entzog und für die gegnerische Bewegung freisetzte, stieß man einen ebenso unbedingten, weil in erster Reihe persönlich bedrohten Feind des Nationalsozialismus, das in Wien wirtschaftlich und kulturell mächtigen Judentum zurück. Die Regierung, die dem Antiklerikalismus keinerlei Konzessionen machen wollte, fand es billiger, dem Antisemitismus der Nationalsozialisten den Wind aus den Segeln zu nehmen und das Judentum als politischen Kugelfang zu benützen. Die offiziellen Beteuerungen gegenüber den internationalen einflußreichen jüdischen Wirtschaftskreisen und die persönlich liberale Einstellung Schuschniggs konnten es nicht verhindern, daß die politische Praxis der Regierung, der Pressekampf, der mit ihrer Duldung und Billigung selbst von offiziösen und klerikalen Blättern immer schärfer geführt wurde und schließlich unter anderen Maßnahmen die Zulassung des nationalsozialistischen Antisemitenbundes, der seine Tätigkeit ganz im Sinne Streichers ausübte, das Judentum in einen Zustand der Panik versetzte, der die schwersten wirtschaftlichen und moralischen Schäden verursachte, ohne der Regierung die erhoffte Entlastung zu bringen. Im Gegenteil: man betrachtete im nationalen Lager diese Politik der Regierung als den ersten Teilerfolg der eigenen Aktivität und als ein Zeichen der Schwäche.

Seit dem Mai 1936 hat Schuschnigg einen Fehler nach dem anderen begangen und immer wieder selbst zerstört, was er mühsam für seine Politik gewonnen hatte. An abstraktes Denken gewohnt, in einer geistigen Sphäre zu Hause, die die primitivsten, realpolitischen Instinkte und die Unbedenklichkeit des Handelns, die dem Diktator

ziemt, verkümmern läßt, hat er eine »österreichische Idee« vertreten, die er mit Geist, aber nicht mit Blut zu erfüllen vermochte; zum — vielleicht entscheidenden — Unterschied von Dollfuß, der seinen Landsleuten das ihnen vertraute Leben eines österreichischen Frontoffiziers und Beamten vorlebte und mit seinem naiven Elan irgendwie direkt die Gefühle seiner Anhänger ansprach. »Oesterreichische Menschen« waren gewiß beide; nur war der eine »der Mann aus dem Volke«, der andere ein Spitzenvertreter österreichischer Kultur. Der ideologische Gehalt ihres gemeinsamen politischen Bekenntnisses läßt sich auf die Formel: Heimatliebe und deutsch-christliches Kultur- und Traditionsbewußtsein bringen. Ueber diese mehr gefühlsmäßig und ästhetisch als verstandesmäßig zu erfassenden Inhalte hinaus wurde nichts geboten, was auch nur den Versuch einer Auseinandersetzung mit den drängenden Fragen des sozialen und wirtschaftlichen Lebens darstellen würde. Der »berufsständische Aufbau«, aus der Vermählung kurialer Weltvorstellungen mit professoralen Theorien geboren, war höchstens dazu angetan, die bestehenden sozialen und wirtschaftlichen Probleme mit historisch-romantischen Ideen zu übertünchen und war somit gerade das Gegenteil einer Auseinandersetzung mit ihnen. Da für das kleine, weltabhängige und in gewissem Sinne kosmopolitische Oesterreich die handgreiflichen und tragfesten Schlagworte einer nationalen, rassenmäßigen und imperialistischen Ideologie nicht in Betracht kamen, wurden Worte und Begriffe, die eine Rolle nur in der geschichtlichen, kulturellen und völkerpsychologischen Betrachtung eines Volkes zu spielen pflegen, in den Rang selbständiger politischer Werte erhoben und sollten die Last einer ganzen politischen Weltanschauung und einer Staatsideologie tragen.

Der »österreichische Mensch« zum Beispiel, dieses Objekt nationalsozialistischen Spottes, lebt und wird leben als Realität, als geistiger Typus; er rechtfertigt die Idee eines kulturell geschützten, unabhängigen Oesterreich — als Träger eines innenpolitischen Programms aber wirkt er deplaciert und leicht lächerlich: »Narcissus als politische Idee!«

Es ist klar, daß eine so gefühlsmäßig sublimierte, geistig abstrakte Staatsideologie den höchst realen Ansprüchen des politischen Lebens einerseits und der Propaganda der physischen und psychischen Gewalt, die über die Grenze des Dritten Reiches drang, anderseits, in keiner Weise gewachsen war.

Autoritäre Staatssysteme sind von der Qualität ihrer ideologischen Fundamente unabhängiger als Demokratien; dafür bietet die Gegenwart klassische Beweise. Auch die österreichische Diktatur wäre an der Unzulänglichkeit ihrer tragenden Ideologie gewiß nicht gescheitert, wenn es nicht eben eine österreichische Diktatur gewesen wäre mit einem kulturgehemmten Intellektuellen an der Spitze, mit einem schlechten Gewissen ausgeübt und von dem alten österreichischen Uebel der Unentschlossenheit und Beschwichtigungstaktik angekränkelt.

Die Diktaturen haben, wie schon gesagt, ihre eigenen, ehernen Gesetze und ihr Prestige ist ungemein empfindlich; das geringste Zeichen

von Schwäche kann ihnen verderblich werden. Das ewige Paktieren mit dem Staats- und Systemfeind den man selbst dadurch zu gewinnen, mindestens aber zu beschwichtigen suchte, daß man gerade die aktivsten eigenen Anhänger opferte, das fast peinliche Bemühen, einen unversöhnlichen und fanatischen Feind zu versöhnen, verriet tötliche Schwäche des Regimes und die Stärke des außenpolitischen Druckes. Der nationalsozialistischen Propaganda der Gewalt und dem Drucke des totalitären Dritten Reiches hätte ein *autoritäres* Oesterreich nur mit denselben Mitteln entgegentreten können. Einem *demokratischen* Oesterreich wäre es vorbehalten gewesen, *die weitaus überwiegend antinational-sozialistischen Massen der Arbeiterschaft, des katholischen Bauerntums und des liberalen Bürgertums in einen aussichtsreicheren Kampf um seine Freiheit und Selbständigkeit zu führen, als es ein autoritäres Regime vermochte, hinter dem nur ein verschwindender Teil der Bevölkerung stand.* — Die schwächliche Auchdiktatur des autoritären Kurses aber, die ihre eigenen Anhänger entwaffnete, ihren Feinden gegenüber jedoch vor der letzten Brutalität zurückscheute, die den Propagandaapparat höchst unzulänglich beherrschte, eine unglückliche, deflationistische Wirtschaftspolitik betrieb und sich — dem Westen zuliebe und traditionsbefangen — von gewissen liberalen Vorstellungsresten nicht freimachen konnte, versetzte dieses Oesterreich zweifellos in die ungeeignetste Verfassung, dem doppelten Drucke von innen und außen zu widerstehen.

Die Taktik der Regierung nach dem 11. Mai 1936 ermutigte die Feinde des Regimes und Oesterreichs, versetzte die Patrioten, zu denen schließlich auch diejenigen gehört hatten, die die Schuschniggsche Diktatur als das kleinere Uebel gegenüber der nationalsozialistischen Barbarei betrachteten, in Bestürzung und Resignation und erweckte bei den Indifferenten die Ueberzeugung, daß der Sieg der Nationalsozialisten unabwendbar sei; was aber gerade letzteres bedeutet, weiß nur der, der die politische Psychologie der Massen kennengelernt hat! Es gibt eine Art politischer Stimmungsbörse, die die Haltung jener zahlreichen, erschreckend zahlreichen Leute bestimmt, welche ihr politisches Bekenntnis von der Konjunktur abhängig machen. Diese fluktuierende Masse ist es, die den politischen Aktionen erst Resonanz gibt; sie ist suggestibel und ihre bloßen Vorstellungen wiederum wirken oft entscheidend auf die politischen Realitäten zurück. — Weil die Indifferenten die Nationalsozialisten immer anmaßender und siegessicherer, die Regierung immer versöhnlicher und schwächer sahen, kamen sie zu Vorstellungen, aus denen sie für System und Staat höchst gefährliche Konsequenzen zogen und die die innere Zersetzung progressiv beschleunigten. Es wurde das System der Rückversicherung üblich, bis weit in die höchsten Verwaltungsstellen hinein. Die Zugehörigkeit zur Vaterländischen Front, die Ausübung einer selbst politischen Tätigkeit für den Staat, und der Genuß wirtschaftlicher Vorteile durch ihn verhinderte keineswegs die illegale Verbindung in irgendeiner Form mit dem Todfeind des Staates, der irgendeinmal jedenfalls die Macht ergreifen und dann über Beruf, Stellung, Einkommen, ja sogar über

Leben und Tod entscheiden würde. Eine politische Rückversicherung wurde für den ordentlichen Familienvater und strebsamen Geschäftsmann und Beamten genau so wichtig wie eine Lebensversicherung. Die Lehren aus dem autoritären System wurden radikal gezogen. Wie weit diese den Staat völlig zersetzende Doppelgeleisigkeit ging, dafür nur ein Beispiel für Tausende: der Sicherheitsdirektor von Steiermark, also der Träger der Verantwortung für die Sicherheit des Regimes im Lande, Kastner-Pöhr, war, wie sich später herausstellte, seit Jahren direkt in München als illegales Mitglied der Partei gemeldet. — Es liegt kein Grund vor anzunehmen, daß auch in diesem Falle — und in ähnlichen — mehr als eine solche Rückversicherung vorlag.

Die terroristische Aktivität der Nationalsozialisten, die im Juliputsch ihren Höhepunkt erreicht hatte, nahm nachher streng konspirativen Charakter an bei gleichzeitiger intensiver, unterirdischer Propaganda. Schuschnigg beraubte sich im Mai 1936, als er den Vertrag mit dem Dritten Reiche schloß und seine Wehrverbände auflöste, nicht nur selbst seiner verläßlichsten politischen Kampftruppen, sondern legte sich innen- und außenpolitische Fesseln auf, die ihm jedes wirklich energische Vorgehen gegen den mit seiner Hilfe getarnten Staatsfeinde unmöglich machten. — Die Polizeiaktionen, wirtschaftlichen Beeinträchtigungen und selbst die Anhaltelager waren nur schwächliche Nachahmungen der analogen Einrichtungen in den echten Diktaturländern und verbitterten die Betroffenen und ihren Anhang mehr, als sie sie abschreckten; hier galt noch der Grundsatz: nulla poena sine lege, es gab ein gesetzliches Verfahren mit Beschwerden, Berufungen und Rekursen und die Amnestien am laufenden Band nahmen der Strafe den letzten Ernst. Es gab noch keine geheime Staatspolizei. —

Da die Vaterländische Front und ebenso die Miliz, deren Fehlkonstruktion Zernatto selbst zugibt, als Kampforganisationen des Regimes nicht in Betracht kamen, stand der Regierung gegen den inneren Feind bloß die polizeiliche Exekutive zur Verfügung, nachdem die Wehrverbände aufgelöst worden waren. Das verschaffte ihr bald das Odium eines reinen Polizeiregimes. Außerdem zeigte sich gerade an dem östereichischen Beispiel, daß man auch mit der bestausgerüsteten Polizei ein diktatorisches System nicht aufrecht zu erhalten vermag. Man muß die Straße beherrschen und sie mit Massen füllen können, die anderen Massen den Zutritt zu ihnen von vorneherein verwehren. Der »spontane Volkswille« ist ein unentbehrliches Instrument der Diktatur. —

In der Zeit zwischen dem 12. Februar und dem 12. März 1938 hat Schuschnigg seinen tragischen Irrtum offenbar eingesehen. Er fand in der Entscheidungsstunde seine Anhänger desorganisiert, entmutigt, die Straßen leer oder von den Gegnern erfüllt. Da erinnerte er sich, daß es Arbeitermassen gegeben hatte, die für die Freiheit ihr Blut geopfert hatten, Massen, die erbittert gegen den Nationalsozialismus und für ein freies Oesterreich gekämpft hatten; würden sie jetzt, wo ihr gemeinsamer mächtiger Feind vor den Toren stand, sich für Oesterreichs Freiheit und Selbständigkeit wieder erheben?

Man versuchte es mit innerpolitischen Zugeständnissen, um die man tagelang feilschte, während draußen, vor den Grenzen, die deutschen Truppen in ihre Aufmarschräume rückten und die SA. Fackelzüge veranstaltete; man konnte sich zum letzten Schritt, die Demokratie wiederherzustellen und den Arbeitern ihre Rechte zu geben, nicht entschließen. Trotzdem marschierten die Arbeiter und ein letztes Aufflammen vereinigte alle Verteidiger eines freien Oesterreichs in der gemeinsamen Abwehr des gemeinsamen Feindes. — Doch, es war zu spät. In acht Tagen lassen sich die Sünden von ebensoviel Jahren nicht mehr gutmachen. Die Straße gehörte schon den durchorganisierten Trupps der Nationalsozialisten und ihren schlagartigen Aktionen. Vor diesem gleichzeitigen Ansturm von innen und außen mußte eine Regierung weichen, die sich dem Volke entfremdet hatte und zum letzten Terror zu schwach war. —

Diese Geschichte uns zu erzählen, hat Zernatto vergessen. Es ist eine tragische Geschichte, voll von Irrtümern und Fehlern, die das Schicksal eines freien Landes besiegelten. Und vielleicht auch noch das eines zweiten. Es gibt aber noch Staatsmänner und Regierungen, die aus dieser Geschichte lernen können.

Thorstein Veblen und die neuere Wirtschaftslehre der USA.

Von Desider Hort.

(Schluß)

Das Eigentumsrecht, dessen Inhalt und Grenzen vergangene Zeitverhältnisse geschaffen hatten, sei somit zu Fesseln der freien Entfaltung der Arbeitsmöglichkeit der Kollektivität geworden.

Denn zur Zeit der handwerksmäßigen Zivilisation des 18. Jahrhunderts von Europa bildete das Eigentum — freilich das bürgerliche, nichtfeudale Eigentum — eine natürliche Vorbedingung der Arbeit, die noch in kleinen abgeschlossenen Kreisen, in autarken Arbeitszellen verrichtet wurde — wenn auch nicht planmäßig, doch durch einen neuen Markt legitimiert. Eigentumsrecht bedeutete noch Verfügungsrecht über eigene Arbeitsmittel und eigenes Arbeitsprodukt — ein wahrhaft natürliches Recht des sich von feudalen Bindungen befreienden Individuums. Es ist heute wesentlich anders. Der einst individuelle Produzent nimmt heute *teil an einer Arbeit, die kollektiv geworden ist:* in weitgehender Arbeitsteilung verrichtet wird; das Verfügungsrecht über seine Arbeitsmittel gehört nicht ihm, aber auch nicht der Kollektivität, sondern einer anderen Privatperson, dem heutigen Eigentümer, den — oft abwesend von dem Betriebe und wesensfremd dem Arbeitsprozeß und seinen Lebenszielen — meist ein papierener Rechtstitel legitimiert... Die Institution des Eigentums hat also eine Entwicklung genommen, die dem Menschlichen, dem, was Veblen »generically human« nennt, entgegenläuft —, und dies um so mehr, da der heutige Eigentümer oft über Arbeitsmittel und -vorbedingungen verfügt, deren allge-